

# WOHNEN

<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
Sozialen Gemeindewohnungsbau ausbauen	2
Taskforce Spekulationsbremse einrichten	4
Familien und Alleinerziehende mit Kindern aus Sozialhotels befreien	6
Wohnen ohne Umwege - Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ beheben	8
Betriebswohnungen für die SSB am Ostendplatz schaffen	10
<u>Summe: 5 Anträge</u>	

# WOHNEN



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Sozialen Gemeindewohnungsbau ausbauen**

### Wir beantragen:

1. Die Stadt gründet einen kommunalen Boden- und Wohnbaufonds, für den sukzessive Flächen- und Wohnungsportfolios erworben werden und städtische Gemeindewohnungen im Sozialwohnungsbau auf stadteigenen sowie ggf. neu zu erwerbenden Flächen gebaut werden. Dafür sind im DHH 2020/21 p.a. 150 Millionen € einzustellen. Etwaige Fördermöglichkeiten durch das Land Baden-Württemberg, z.B. über die neue Förderlinie „Wohnungsbau BW – kommunal“, sind von der Verwaltung zu prüfen und vollumfänglich abzuschöpfen.
2. 35 Millionen € p.a. im DHH 2020/21 für den Ankauf, Anmietung und Kauf von Belegungsrechten von Wohnungen für Personalwohnungen städtischer Angestellter und Azubis.
3. Die Zuschüsse für das Familienbauprogramm und Eigentumsförderung in Höhe von 4 Millionen Euro (TeilHH Nr. 610), die auf der Grünen Liste des DHH 2020/21 der Stadtverwaltung veranschlagt sind, werden umgeschichtet auf den zu bildenden kommunale Boden- und Wohnbaufond.
4. Die Zuschüsse für das Familienbauprogramm und Eigentumsförderung in Höhe von 4 Millionen Euro aus der davon-Position „Wohnraumoffensive Stuttgart“ (TeilHH Nr. 610), die auf der Grünen Liste des DHH der Stadtverwaltung veranschlagt sind, werden umgeschichtet auf den zu bildenden kommunale Boden- und Wohnbaufond.

### Begründung:

Die Lage am Stuttgarter Wohnungsmarkt ist weiterhin dramatisch. Die Angebots- und Bestandmieten explodieren und für Normal- und Geringverdiener ist es oft extrem schwierig leistbaren Wohnraum zu finden. Rund 43 Prozent der Mieterhaushalte in Stuttgart gaben 2018 mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aus, 23 Prozent sogar mehr als 40 Prozent. Auch der Bestand an geförderten Wohnungen ist rückläufig, so ist der Bestand im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf 16 456 gesunken.

Die Zahl der geförderten Sozialmietwohnungen in Stuttgart ist in den letzten zehn Jahren um etwa 3000 Einheiten zurückgegangen. Gab es 1992 noch 21 900 Sozialwohnungen, waren es 2018 nur noch 14 380. Gleichzeitig steigt die Zahl der Haushalte in der

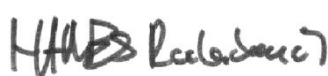
## WOHNEN

Wohnungsvormerkdatei. 4 688 Haushalte waren im Dezember 2018 für eine Sozialmietwohnung vorgemerkt, davon 3018 Dringlichkeitsfälle.

Der Wohnungsmarkt wird beherrscht von institutionellen Anlegern und Immobilienunternehmen, die der Renditesteigerung und nicht sozialer Wohnungsversorgung verpflichtet sind. Daran scheitert der bisherige Weg der Stuttgarter Wohnungspolitik. Der Anteil von Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand liegt in Stuttgart bei nur 5,3 Prozent. Vom Einkommen her Anspruch auf einen Wohnberechtigenschein – und damit auf eine Sozialwohnung – haben jedoch rund 100 000 Mieterhaushalte.

Um soziale Wohnungsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen, ist weiterhin ein radikaler Kurswechsel erforderlich. Des Weiteren hat die Stadt seit Jahren ein Personalmangel. Angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die Wohnungsfrage für die Berufsentscheidung ein nicht unbedeutendes Kriterium. Deshalb muss die Stadt das Wohnungsportfolio an eigenen Personalwohnungen deutlich ausweiten

Die notwendigen Finanzmittel sind aus Rücklagen, Anlagevermögen und/oder Kreditermächtigung darstellbar.

Thomas Adler  
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch  
Fraktionsvorsitzender

# WOHNEN



<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2019</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Familien und Alleinerziehende mit Kindern aus Sozialhotels befreien**

### Wir beantragen:

1. Die sofortige Bereitstellung von 500 Wohnungen für Alleinerziehende und Familien, die derzeit in Sozialhotels- und Pensionen untergebracht sind, durch neue städtische Belegungsrechte, Ankauf, oder Anmietung durch die Stadt. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.
2. Die Schaffung von 3 Stellen beim Sozialamt zur sozialpädagogischen Begleitung der bisher in Sozialhotels- und Pensionen unterbrachten Familien und Alleinerziehenden. Das entspricht den Kosten von 156 000 Euro p.A. im DHH 2020/2021. Der Begleitungs- und Betreuungsschwerpunkt liegt bei den bisher in Sozialhotels unterbrachten Minderjährigen.
3. Die Bereitstellung von 2 Mio. Euro p.A. im DHH 2020/21 für einen zu schaffenden Notfallfond zur präventiven Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden. Der Notfallfond ist bei der Fachstelle Wohnraumsicherung des Sozialamtes anzusiedeln. Von dem Fond werden Beratungs- und Unterstützungstätigkeiten finanziert wie z.B. Überbrückungskredite bei einer drohenden Kündigung der Wohnung.
4. Fünf Stellen für den zu gründenden Notfallfond zur präventiven Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.

### Begründung:

Zum Stichtag 28.02.2019 waren in Stuttgart 483 Personen (Familien und Alleinerziehende) in Sozialhotels- und Pensionen untergebracht. Die Unterkünfte bieten keine kindgerechte Umgebung, was bei Familien und Alleinerziehenden zu zusätzlichen Belastungen führt, bis hin zu untragbaren Zuständen. In diesen Sozialhotels treffen die Familien häufig auf Alleinstehende mit psychischen oder sozialen Problemen. Diese besonders prekäre Lage, insbesondere von Kindern, ist unhaltbar. Durch ein Maßnahmenpaket von Anmietung, Ankauf und die Einrichtung von Belegungsrechten können die besonders schutzbedürftige Personengruppe von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden mit angemessenen Wohnraum versorgt werden.

## WOHNEN

Der zu schaffende Notfallfonds folgt dem Prinzip „Eingreifen, bevor es zu spät ist“. Dieser Fond ist eine präventive Maßnahme zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien und Alleinerziehenden. Der Notfallfond hat das Ziel, den Anteil der Familien und Alleinerziehenden, die in Stuttgart wohnungslos werden, möglichst auf null zu reduzieren und damit eine ordnungsrechtliche Unterbringung in einer Sozialpension bereits im Vorfeld zu verhindern. Durch diese Unterstützung sollen Familien und Alleinerziehende befähigt werden, ihre Wohnung selbständig und dauerhaft erhalten zu können, Mietzahlungen pünktlich zu leisten.

*Thomas Adler*      *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler  
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach  
Fraktionsvorsitzender

# WOHNEN



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Taskforce Spekulationsbremse einrichten**

### Wir beantragen:

1. Es werden 3 Fachkraft-Stellen für die Aufgaben der Taskforce im Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung geschaffen. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.

### Begründung:

Seit Jahren strömt nach profitabler Verwertung suchendes Kapital in gigantischen Summen in die Städte. In Stuttgart kaufen Immobilienunternehmen und andere Kapitalanleger Jahr für Jahr Immobilien und Flächen und treiben mit „Aufwertungsprozessen“ und Spekulation die Bodenpreise in die Höhe.

Die ständig und beschleunigt steigenden Bodenpreise sind nachgewiesenermaßen einer der Haupttreiber der Mietenexplosion in der Stadt. Verdrängungsprozesse von Mieter\_innen mit kleinen und mittleren Einkommen aus ihren Vierteln und Austausch durch solventere Mieter\_innen sind die Folge. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) hat in seiner Gentrifizierungsstudie in Stuttgart eine Beschleunigung dieses Prozesses nachgewiesen und den zuständigen Verwaltungsspitzen mangelndes Problembewusstsein attestiert. Die verfügbaren Instrumente zum Schutz der Bevölkerung würden kaum genutzt, konstatiert das DIFU und empfiehlt die intensive Nutzung dieser Instrumente wie Milieuschutz-Satzungen, Satzungen zu städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen etc.

Daher muss eine „Taskforce Spekulationsbremse“ eingerichtet werden, die die Aufgabe hat, sämtliche existierenden rechtlichen Instrumente und deren Kombination zu einem wirksamen Instrumentarium zusammenzuführen und dahingehend weiter zu entwickeln, dass bodenpreistreibende Spekulationsinteressen in der Stadt behindert werden.

Darüber hinaus soll die Organisationseinheit „Taskforce Spekulationsbremse“ die mit der Thematik tangierten Fachbereiche anleiten, die spekulationshemmenden Instrumentarien fachgerecht anzuwenden.

# WOHNEN



*Thomas Adler*      *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler  
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach  
Fraktionsvorsitzender

<b>Haushaltsantrag vom 18.10.2019</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Wohnen ohne Umwege - Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ beheben</b>

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart schafft die finanziellen und personellen Ressourcen für ein zweijähriges Modellprojekt „Housing First“ nach Berliner Vorbild mit Wohnungen für 20 obdachlose Menschen, mit langjährigen komplexen Problemlagen, bei denen bestehende Hilfsangebote keinen Erfolg hatten. Die Verwaltung beziffert die dafür voraussichtlichen Kosten, insbesondere die Anmietung von Wohnungen und dem erforderlichem Personal.
2. Für die Umsetzung und die Betreuung der am Modellprojektes „Housing First“ Teilnehmenden durch ein multiprofessionelles Team wird eine Kooperation mit den sozialen Trägern- und Verbänden angestrebt.
3. Die Stadt bemüht sich um eine wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes zur Evaluierung, z.B. durch die Universität Stuttgart.

### Begründung:

In Stuttgart gibt es nach Schätzungen der „Liga der Freien Wohlfahrtspflege“ 100 bis 150 obdachlose Menschen. Darunter sind die Menschen zu verstehen die „auf der Straße“ leben.

Wohnen ist Menschenrecht. In Stuttgart, einer der reichsten Städte Deutschlands, muss Obdachlosigkeit mit den bereits zur Verfügung stehenden- und neu zu schaffenden Instrumenten verhindert werden. Das Modellprojekt Housing First ("Zuerst ein Zuhause") kann zur Behebung von Obdachlosigkeit einen Beitrag leisten.

Seit Anfang der 90er Jahre wird der konzeptionelle Ansatz Housing First in zahlreichen Ländern und vor allem großen Städten erfolgreich zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit eingesetzt. Zu der Zielgruppe zählen obdachlose Menschen jeglicher Geschlechtsidentität sowie nationalen ethnischen, religiösen und kulturellen Herkunft mit multiplen Problemlagen. Die Menschen bekommen ohne Vorbedingungen einen unbefristeten Mietvertrag und sozialpädagogische Unterstützung.

Kerngedanke ist ein „Recht auf Wohnen“ ohne Vorbedingungen. Im Gegensatz zu herkömmlichen betreuten Wohnformen entkoppelt Housing First das Mietverhältnis vom Unterstützungsangebot und setzt für das Beziehen der eigenen Wohnung keine Bewährung




## WOHNEN

in stufenweise vorangehenden Hilfemaßnahmen und keine Bereitschaft zu Abstinenz, Therapie, beruflicher Eingliederung oder anderen vereinbarten Hilfezielen voraus.

In zahlreichen Evaluationen sind mittlerweile die positiven Wirkungen des Ansatzes belegt. Nach einer von der EU-Kommission finanzierten Studie aus 2013 konnte in 80 bis über 90 % aller Fälle das Hauptziel des dauerhaften Wohnungserhalts erreicht werden (Projekte in Amsterdam, Glasgow, Kopenhagen und Lissabon); in den meisten Fällen zeigten sich positive Entwicklungen bei psychischen Erkrankungen sowie Drogenmissbrauch und traten insgesamt deutliche Verbesserungen der persönlichen Lebensqualität ein (s. Busch-Geertsema, 2013.) Der Housing First Guide Europe konstatierte 2016 ähnlich hohe Quoten der dauerhaften Beendigung von Wohnungslosigkeit z. B. für Projekte in Norwegen (93 %), Schweden (84 %) und Österreich (98,3 %) (s. Pleace, 2016).

Fast ein Jahr nach dem Projektstart von Housing First in Berlin sind 29 Berliner Obdachlose erfolgreich in eigene Wohnungen gezogen. 17 weitere Wohnungen sind nach Angaben der Projektpartner in Aussicht.



Thomas Adler  
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch  
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei



Betreff

**Betriebswohnungen für die SSB am Ostendplatz schaffen**

### Antrag:

1. Der SSB AG wird aus dem Doppelhaushalt 2020/2021 ein Darlehen i.H.v. 60 Mio Euro gewährt, damit am Standort des ehemaligen SSB-Depots Ostendplatz eine Quartiersentwicklung auf den dortigen Baufeldern erfolgen kann. Ziel der Entwicklung ist die Schaffung von mindestens 100 Betriebswohnungen und einer Pflegeeinrichtung, letztere möglichst unter Regie des Eigenbetriebs Leben und Wohnen. Die SSB wird verpflichtet, unter Beteiligung des Gemeinderats und der Stadtverwaltung einen Architektenwettbewerb für das Vorhaben auszuloben.

**Begründung:** Zur Personalgewinnung und –bindung an die SSB sind künftig Betriebswohnungen unerlässlich. Da die SSB neue Betriebswohnungen aus eigener Kraft nicht erstellen kann, ist hierzu das Modell eines Darlehens aus dem Stadthaushalt attraktiv. Es würde schrittweise getilgt, wobei die Tilgung in Gänze dem Ergebnishaushalt zufließen würde. Im Bezirk Ost wird bereits seit langem eine Lösung für die Baufelder am ehemaligen SSB-Depot gewünscht. Mit der kombinierten Realisierung von Betriebswohnungen und einer Pflegeeinrichtung könnte die Arbeitgeberin SSB ihre Attraktivität steigern und ein Teil des dringenden Bedarfs an Pflegeplätzen im Stadtgebiet gedeckt werden.

Thomas Adler  
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch  
Fraktionsvorsitzender